

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Neuen Konsens für den Öffentlichen Dienst in Berlin finden

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, ein Moratorium über den Stellenabbau der Bezirke für die Zeit zu verhängen, bis der Senat Klarheit über die zukünftige Berliner Personalzielzahl und die Auswirkungen auf die Bezirke geschaffen hat. Der Senat soll bis zum 1. September 2014 einen Bericht vorlegen, aus dem hervorgeht, wie die Ankündigung des Regierenden Bürgermeisters die Zielzahl 100.000 für die Beschäftigten aufzuheben umgesetzt werden kann.

Begründung:

Mittlerweile scheint Konsens darüber zu herrschen, dass Berlin eine Stadt im Übergang ist, der geprägt ist durch Bevölkerungszuwachs, Infrastrukturprobleme und unzureichende Beteiligung der Berliner Bevölkerung. Dieser Wandel hat erfreulicherweise viele Gewinner, aber auch zahlreiche Verlierer. Das bedeutet, dass gerade die soziale Spaltung eher zu- als abnimmt. Armut, seelische Erkrankungen, Wohnungslosigkeit, Ausgrenzung und Abkoppelung von Teilhabe sind Auswirkungen dieser Spaltung. Das stellt die Politik vor zahlreiche neue Probleme und verlangt neue Antworten. Ein wichtiger Bestandteil der Lösung ist ganz sicher ein guter und leistungsstarker Öffentlicher Dienst.

Viele dieser Fragen und Probleme werden auf Bezirksebene bearbeitet und stellen die Beschäftigten der Behörden oft vor schwierige Entscheidungen, etwa in den Bau- und Sozialämtern oder im Gesundheitsdienst. Diese Probleme werden wachsen. Deshalb darf jetzt nicht der Öffentliche Dienst auf Bezirksebene in der Substanz gefährdet werden. Anders als die Haupt-

verwaltungen müssen die Bezirksämter im Sommer 2014 die nächsten konkreten Personaleinsparungen für das Jahr 2015 vereinbaren. Die Bezirke haben im Gegensatz zu den Hauptverwaltungen konkrete Einsparungsvorgaben, die jahresweise zu erbringen sind. Die Verlautbarungen der SPD und CDU Koalition in den letzten Wochen, zuletzt die des Regierenden Bürgermeisters selbst, lassen ein Umdenken erkennen. Das ist gut so und wird von uns positiv aufgegriffen.

Die Personalpolitik der letzten Jahre hat die notwendige Anpassung auf die vor uns liegenden Probleme leider oft blockiert. Wir müssen jetzt einen zukunftsfähigen und bürgernahen Öffentlichen Dienst, auch für das nächste Jahrzehnt, sichern. Das geht aber nur mit den Beschäftigten und nicht gegen sie. Wir haben deshalb in den zurückliegenden Haushaltsberatungen für eine andere Kultur im Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geworben. Der Haushalt 2014/15 hätte die Wende bedeuten können, aus unserer Sicht bedeuten müssen. Aber wir sind immer noch bereit einen neuen parteiübergreifenden Konsens in der Personalpolitik mit allen zu finden. Die Verwaltungen brauchen jetzt endlich Klarheit.

Es macht keinen Sinn die Bezirke in den nächsten drei Monaten zu schwierigen Entscheidungen und zur verwaltungstechnischen Umsetzung der Personalabbaurate 2014 zu zwingen, wenn dann wenige Monate später die Entscheidungen zum Wiederaufbau von Stellen zu erwarten sind. Durch das von uns vorgeschlagene Moratorium entstehen keine dauerhaften haushaltspolitischen Risiken. Es wird lediglich die Schaffung vollendeter Tatsachen vor Beschlussfassung über die neue Personalpolitik verhindert.

Berlin, den 19. Juli 2014

Pop Kapek Thomas Schruoffeneger Remlinger
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen